

Protokollauszug

aus der

34. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

vom 20.10.2022

öffentlich

Top 5.5 Information zur Rufbereitschaft im Fachbereich Bildung, Jugend und Sport

Frau Aubel rekapituliert, dass die Mitarbeiter des betreffenden Bereiches, welche in einem höchst verantwortungsvollen und herausfordernden Arbeitsfeld tätig seien, in der Vergangenheit Überlastungen artikuliert hatten. Ein durch die pädagogische Fachbereichsleiterin zu erarbeitender Maßnahmenplan solle diese Aspekte aufgreifen und die Arbeitsbedingungen spürbar verbessern. Am 14.09.2022 habe man jenen dem Personalrat vorgestellt. Am 19.09.2022 habe Frau Aubel in der internen Haushaltsklausur die Schaffung von 6 zusätzlichen Stellen für den Allgemeinen sozialen Dienst (ASD) erreichen können. Am 21.09.2022 erfolgte, wie schon in der letzten Ausschusssitzung berichtet, die Kündigung der Dienstvereinbarung zur Rufbereitschaft im Fachbereich Bildung, Jugend und Sport durch den Personalrat. Dies wurde Frau Aubel lediglich aus dem Intranet bekannt. In der Stadtverordnetenversammlung am 05.10.2022 wurde ein Antrag für 15 weitere Stellen im ASD eingebracht und intensiv diskutiert. Es erfolgte eine Überweisung in den Hauptausschuss. Dort wurde beschlossen, dass zunächst die 6 bereits verwaltungsintern zugesagten Stellen zum nächstmöglichen Zeitpunkt besetzt werden sollen. Weiterhin wolle man eine Personalbemessung durchführen. In der Stadtverordnetenversammlung im Dezember erfolge ein Bericht dazu. Mit dem Personalrat habe es gestern einen Termin gegeben, an dem Frau Aubel mit Herr Pfeiffer teilgenommen habe. Man habe gemeinsam konstruktiv die Evaluation der Rufbereitschaft besprochen und sei sich weiterhin einig, dass es das Ziel sei die Arbeits- und Rahmenbedingungen des ASD zu verbessern. Man plane durch den FB23 einen gesonderten Krisendienst für die Rufbereitschaft. Dieser Vorschlag wurde auch vom Personalrat positiv bewertet. Vor diesem Hintergrund wolle man einen solchen Dienst nunmehr schaffen.

Sie erinnert daran, dass die Rufbereitschaft nur ein Aspekt der Überlastung der Mitarbeiter*innen sei. Auch die Falllast und die Rahmenbedingungen wurden von den Mitarbeitenden als kritisch bewertet. Daher seien auch die räumliche und technische Ausstattung, Qualitätsstandards, Abstimmungen und Personalbemessung mit einem externen, versierten Unternehmen relevant.

Herr Pfeiffer schließt zum Gespräch mit dem Personalrat an, dass auch er es als sehr zielführend, konstruktiv und lösungsorientiert wahrgenommen habe. Es gebe zwei Herausforderungen: die Sicherstellung des Kinderschutzes durch die Rufbereitschaft und die Entlastung der Kolleg*innen im Tagesgeschäft. Beides bedinge sich. Im Fachbereich habe man lange besprochen, wie man der Situation begegne. Eine organisatorische Lösung sei den bereits erwähnten Krisendienst einzurichten, das heißt man plane im Fachbereich mit dem Bereich Regionale Kinder- und Jugendhilfe ein eigenes Team aufzustellen, welches sich ausschließlich mit Kindeswohlgefährdungsmeldungen beschäftige. Man habe in der letzten Woche ein Konzept dazu erarbeitet. In Abstimmung mit dem Personalbereich habe man ebenso die Stellenausschreibungen erarbeitet. Die 6 Stellen sollen intern und extern so ausgeschrieben werden, dass explizit Sozialarbeitende für eine Rufbereitschaft „rund um die Uhr“ gesucht werden. Trotz allem würden 6 Stellen nicht ausreichen.

Man wolle im ersten Schritt demnach zunächst Sozialarbeitende mit Fokus auf den Kinderschutz einstellen und im zweiten Schritt mit der Personalbemessung ermitteln, wieviel Personal fehle und noch zugeführt werden müsse. Dies beziehe sich auf die Regional-, aber auch Krisenteams. Die Ausschreibung der 6 Stellen erfolge bereits ab morgen, eine Einstellung erfolge zum nächst möglichen Zeitpunkt. Man sei seines Erachtens auf einem guten Weg. Die finanziellen Mittel für die 6 Stellen und die Personalbemessung seien etatisiert.

Zur Problematik der fehlenden freien Plätze für die Unterbringung bei akuten Aufnahmen, habe man voraussichtlich zum 01.12.2022 neue Plätze in der Stadt verfügbar. Weiterhin starte man in den nächsten Monaten eine kleine Fachkräfteoffensive. So wolle man zum Beispiel an der Fachhochschule Potsdam den Studierenden die Arbeit des Jugendamtes vorstellen und somit Werbung für die Arbeit vor Ort im Fachbereich 23 machen.

Frau Frenkler regt an im Zuge der Personalbedarfsmessung auch zu berücksichtigen, wieviel zusätzliches Personal man im Zuge der SGB VIII Reform benötige. Frau Aubel betont, dass dies selbstverständlich mit bewertet werde.

Frau Eifler fragt, was unternommen werde, wenn die 6 neuen Mitarbeiter*innen ebenfalls überlastet seien, bis die neuen Stellen besetzt werden. Frau Aubel antwortet, dass man aktuell in den Haushaltsverhandlungen anstrebt alles Zusätzliche möglich zu machen um 3 weitere Stellen zu erhalten. Herr Pfeiffer ergänzt, dass die neuen Mitarbeiter*innen der Rufbereitschaft bis zur weiteren Aufstockung des Personals aus den Regionalteams unterstützt würden.

Frau Frenkler fragt, ob die Stelle der Bereichsleitung der Regionalen Kinder- und Jugendhilfe mittlerweile besetzt sei. Dies sei laut Herrn Pfeiffer der Fall. Offen sei jedoch noch wann die Kollegin beginne. Man gehe von Anfang Januar 2023 aus.